

N i e d e r s c h r i f t
der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Bildungsausschusses am 04.11.2008

öffentlich

Ort: Georg-Cantor-Gymnasium, Aula, Torstraße 13, 06110
Halle (Saale)

Zeit: 17:00 Uhr bis 19:30 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Martin Bauersfeld	CDU	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE.	ab 17:20 Uhr anwesend
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	
Herr Erhard Preuk	DIE LINKE.	
Herr Dr. Andreas Schmidt	SPD	ab 17:15 Uhr anwesend
Frau Elke Schwabe	WIR. FÜR HALLE. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Frau Dr. Regine Stark		
Herr Ralf-Jürgen Kneissl	SKE	
Frau Helga Koehn	SKE	
Herr Wolfgang Pannicke	SKE	
Herr René Trömel	SKE	
Herr Klaus Adam	SKE	
Frau Katharina Rommel	SKE	ab 17:15 Uhr anwesend
Frau Hanna Haupt	SPD	Vertreterin für Herrn Dr. Fikentscher

Es fehlten:

Herr Dr. Holger Heinrich	CDU	
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	Vertreterin: Frau Hanna Haupt
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	
Frau Brigitte Thieme	GRAUE	
Frau Monika Engelhardt	SKE	
Frau Wencke Gabert	SKE	
Herr Andreas Schachtschneider	SKE	

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Vorstellung des Georg-Cantor-Gymnasiums durch die Schulleitung
4. Beschlussvorlagen
- 4.1. Mittelfristiger Schulentwicklungsplan der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 einschließlich der Fortschreibung für das Schuljahr 2009/10
Diskussion und Beschlussfassung
Vorlage: IV/2008/07382
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
6. schriftliche Anfragen von Stadträten
7. Mitteilungen
- 7.1. Was bringen Spezialisierungen im Wissens- und Bildungssektor für die städtische Wirtschaftsentwicklung (vorläufiger Abschlussbericht)
Angefragt: Institut für Wirtschaftsförderung Halle
- 7.2. EFRE-Mittel für kommunale Schulen
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit sind gegeben.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Tagesordnung angenommen.

Herr Hildebrand erläutert die Tischvorlage.

zu 3 Vorstellung des Georg-Cantor-Gymnasiums durch die Schulleitung

Herr Dr. Müller, Schulleiter des Georg-Cantor-Gymnasiums spricht Begrüßungsworte und stellt das Gymnasium vor.

Frau Dr. Bergner spricht die räumliche Enge und das kleine Umfeld (Schulhof, Freifläche) an. Sie fragt die Anwesenden des EB ZGM nach dem Stand Schulsport.

Herr Oemisch (EB ZGM) erläutert, dass Reparaturen der vom Cantor-Gymnasium genutzt Turnhalle in der Taubenstraße nicht zum neusten Stand führen würden. Eine Vollsanieung, ähnlich der Turnhalle in der Hanoier Str. würde ca. 1 Mio. € kosten.

Frau Dr. Bergner gibt zu bedenken, dass die Bewegung, Gesundheit und Ernährung der Kinder sehr wichtig ist.

zu 4 Beschlussvorlagen

**zu 4.1 Mittelfristiger Schulentwicklungsplan der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 einschließlich der Fortschreibung für das Schuljahr 2009/10
Diskussion und Beschlussfassung
Vorlage: IV/2008/07382**

Frau Dr. Bergner führt an, dass die neue Verordnung vorliegt, in welcher der Termin für die Beschlussfassung (30.4.09) benannt ist. Ihrer Meinung nach sollte noch kein Beschluss gefasst werden. Die Tischvorlage sollten noch gesichtet und die Eltern gehört werden.

Elternanhörungen

1. KGS „W. v. Humboldt“ (Elternvertreterin)

Die Elternvertreterin nimmt Stellung zur Festlegung von Schuleinzugsbereichen für die Gesamtschulen.

Sie gibt dabei zu bedenken, dass der Einzugsbereich der KGS Humboldt nur 1/3 des Gebietes der Stadt Halle (Saale) umfasst. Der Einzugsbereich der KGS Hutten sich jedoch über 2/3 des Stadtgebietes erstreckt. Sie findet nicht gut, dass der gymnasiale Anteil der Schüler reduziert wird. Den Grund der Festlegung, 16 Klagen kann sie nicht verstehen. Weiterhin gibt sie zu bedenken, dass das Jugendblasorchester an der KGS Humboldt beheimatet ist und durch die Festlegung von Schuleinzugsbereich nicht mehr genügend Schüler die Möglichkeit hätte, das Orchester zu wählen. Die freie Entscheidung der Eltern sollte erhalten bleiben! Sie bittet zu bedenken, dass Saalekreis-Schüler keine Möglichkeit mehr hätten, die KGS Humboldt in Halle zu besuchen. Die Schule hat ein einmaliges Angebot, z. B. ist sie Ganztagschule.

Herr Dr. Schmidt erklärt, dass die Verwaltung den Sachstand „Saalekreis“ mit den Eltern klären sollte.

KGS „W. v. Humboldt“ (Schülervertreter)

Der Schülervertreter ist nicht mit der Festlegung von Schuleinzugsbereich einverstanden. Er bittet zu bedenken, dass die Schule saniert wurde, eine große Turnhalle wurde gebaut. Die Schule ist eine Ganztagschule und jeder sollte die Möglichkeit haben, diese zu besuchen. Weiterhin gibt es an der KGS Humboldt das Jugendblasorchester und eine Theater-AG.

2. Giebichenstein-Gymnasium „Th. Müntzer“ (TMG) (Schülervertreterin)

Die Schülervertreterin des TMG ist mit der Festlegung von Schuleinzugsbereichen nicht einverstanden. Sie bittet folgendes zu bedenken.

Sie weiß, dass die Schule an der Grenze der Klassenanzahl und auch an der räumlichen Grenze angekommen ist. Sie weist allerdings darauf hin, dass die Schule sich ein Profil gegeben hat und viele außerunterrichtliche Angebote vorhält. Die Chancengleichheit geht verloren! Die Schule bietet Spanisch als Fremdsprache und eine künstlerische Ausbildung an. Bei Festlegung von Schuleinzugsbereichen könnten viele Schüler dieses Angebot nicht mehr nutzen. Talente würden nicht mehr gefördert. Geht die freie Schulwahl verloren, gibt es keine Lernmotivation mehr.

3. Gymnasium Südstadt (Schülervertreter)

Der Schülervertreter ist der Meinung, dass bei Festlegung von Schuleinzugsbereichen das Konkurrenzverhalten der Schulen nicht mehr gegeben ist und die Profile der Schulen an Bedeutung verlieren. Laut Schülerzahlen spiegelt die Festlegung von Schuleinzugsbereichen für das Gymnasium Südstadt das bisherige Anwahlverhalten wieder. Weiterhin gibt er zu bedenken, dass das Gymnasium Südstadt mit viel Konkurrenz im Süden und der südlichen Innenstadt der Stadt Halle zu kämpfen hat (Latina, Cantor-Gymnasium, KGS Hutten, Elisabeth-Gymnasium...).

4. Grundschule „A. H. Francke“ (Elternvertreter)

Der Elternvertreter gibt zu bedenken, dass die Schülerzahl der GS Francke mit der Schulbezirksveränderung gravierend sinkt. Mit einer Geschwisterregelung und Aufnahme von Stadttingehörkindern entsteht gerade eine Zweizügigkeit. Der Elternvertreter ist der Meinung, dass die Schule in ihrem Bestand gefährdet ist.

5. J.-G.-Herder-Gymnasium (Elternvertreter)

Der Elternvertreter des Herder-Gymnasiums lehnt die Festlegung von Schuleinzugsbereichen, trotz höherer Schülerzahlen ab. Die Konkurrenz der Schulen fehlt.

Die Programme und Profile der Schulen verlieren an Bedeutung, z. B. der bilinguale Unterricht im Herder-Gymnasium. Die Anwahl dieser Unterrichtsform wäre nicht mehr für alle interessierten Schüler möglich.

6. Chr.-Wolff-Gymnasium (Elternvertreter und Lehrer der Schule)

Der Elternvertreter und Lehrer des Wolff-Gymnasiums erklärt, dass die Lehrer nicht um mehr Schüler zu haben, sondern aufgrund des pädagogischen Auftrages an der Schule unterrichten. Er findet die Festlegung der Schuleinzugsbereiche positiv. Diese bilden eine Grundlage für die Entwicklung der Schule. Das Wolff-Gymnasium leidet und der geringen Anwahl. Er gibt zu bedenken, dass bei geringer Anwahl in den Anfangsklassen keine Bildung der gymnasialen Oberstufen (in den höheren Klassen) möglich ist. Alle vier kommunalen Schulen sollte die Möglichkeit zum Leben haben!

7. Grundschule Am Rosengarten (Elternvertreterin)

Die Elternvertreterin nimmt Stellung zur Fusion der GS Am Rosengarten mit der GS Auenschule mit der GS „U. v. Hutten“ am Standort Huttenstraße. Sie ist der Meinung, dass wenigstens eine Schule zwischen der Huttenstraße und Ammendorf erhalten bleiben sollte. Die fusionierte Grundschule wird zu groß. Die Schüler der GS Rosengarten müssten erneut eine Umstellung, nach dem Zuzug der GS Hutten in das Gebäude der GS Rosengarten hinnehmen. Sie weist auf den guten Sanierungsstand der GS Rosengarten hin. Die Schule bietet optimale Bedingungen, z. B. ein ruhiges Umfeld.

8. Grundschule Auenschule (Elternvertreter)

Der Elternvertreter nimmt Stellung zur Fusion der GS Auenschule mit der GS Am Rosengarten mit der GS „U. v. Hutten“ am Standort Huttenstraße. Er schließt sich den Ausführungen der Elternvertreterin der GS Rosengarten an. Er führt aus, dass die GS Auenschule ein hervorragender Standort im Wohngebiet ist. Er bittet die langen Schulwege der fusionierten Schule zu bedenken.

9. Sekundarschule „F. Schiller“ (Elternvertreter)

Der Elternvertreter nimmt Stellung zur Fusion der SK Schiller mit der SK Am Fliederweg. Er versteht nicht, warum keine Klassenstufe 5 an der SK Schiller gebildet werden konnte, an der SK Francke aber 3 Klassen gebildet wurden. Die Eltern und Schüler sind durch die Fusionspläne verunsichert und wählen die betreffenden Schulen nicht mehr an. Er verweist darauf, dass das Wohngebiet ausgebaut ist und viele Kinder bzw. Schüler dort wohnen. Die hohen Schülerzahlen in den Grundschulen Johannes und Ludwigsfeld beweisen das. Durch die Fusionen werden die Schulwege immer länger, Klassen werden getrennt. Die SK Fliederweg ist kleiner und jetzt bereits voll. Die Schule stößt seiner Meinung nach an ihre räumlichen Grenzen. Schülerzahlen für die beiden Sekundarschulen liegen ihm nicht vor.

Die Stellungnahmen der KGS Humboldt (Elternvertreter), Gymnasium Südstadt (Eltern- und Schülervertretung), Giebichenstein-Gymnasium (Schüler- und Elternvertretung) wurden dem Bildungsausschuss übergeben. Die Stellungnahmen werden dem Protokoll als Anlagen beigelegt.

Diskussion zum TOP 4.1

Frau Dr. Bergner fragt, ob eine gesamte oder partielle Abstimmung des Schulentwicklungsplanes möglich ist.

Herr Lange schlägt vor, die Vorlage komplett abzustimmen, die Abstimmung jedoch bis zur nächsten Sitzung zu verschieben. Die Voten der Eltern und Schüler sowie die Tischvorlage sollten einbezogen werden können.

Frau Dr. Bergner weist nochmals darauf hin, dass über die Schuleinzugsbereiche der Gymnasien und Gesamtschulen abgestimmt werden sollte.

Pkt. 1 und 4 – keine Wortmeldungen

Pkt. 5 - ... aufgeführte Ausbildungsberufe an Berufsbildenden Schulen

Herr Hildebrand erläutert die Wichtigkeit der Abstimmung über die aufgeführten Ausbildungsberufe der Berufsbildenden Schulen. In der Vorlage wurden alle Ausbildungsberufe benannt. Der Beschluss ist notwendig zur Vorlage beim Landesverwaltungsamt in Hinblick auf die Mischklassenbildung. Als Hinweis gibt er die kritische Beziehung zum Saalekreis. Die Ausbildungsberufe sind mit den Schulen abgestimmt. Er ist am 5.11.08 zur Problematik Mischklassenbildung in Magdeburg. Herr Hildebrand gibt ein Beispiel für die Problematik.

Ein Auszubildender, welcher den Ausbildungsberuf im nördlichen Saalekreis hat (z. B. Sennowitz), besucht bisher die BbS I in Halle-Neustadt. Seit diesem Jahr fahren diese Schüler in die Berufsbildende Schule nach Merseburg, also durch die Stadt Halle. Das ist ein großer Verlust für hallesehe Berufsbildende Schulen.

Im Januar sollte der Beschluss dazu gefasst sein. Er informiert, dass demnächst Gespräche mit anderen Landkreisen geführt werden.

Herr Dr. Schmidt erklärt, dass dies ein Fehler von Land war, die Schulentwicklungsplanung für die Berufsbildenden Schulen nicht als Landesaufgabe umzusetzen. Den Landkreisen und kreisfreien Städten fehlt die dazu erforderliche Übersicht um territorial übergreifende Festlegungen abschließen zu können. Bei Fortführung dieser Handhabung verlieren alle Landkreis sowie die Stadt Halle. Es erfolgt nur ein Kampf um die Schüler untereinander.

Pkt. 6.1 – GS Auen/GS Rosengarten/GS Hutten

Frau Dr. Bergner weist nochmals darauf hin, dass eine Variante „Verbleib der GS Auen“ weiterhin fehlt.

Frau Dr. Stark führt aus, dass die Diskussion über diese drei Grundschulen bereits mehrere Jahre geführt wird. GS Hutten wurde in PPP aufgenommen. Der Standort Huttenstraße ist verkehrstechnisch ungünstig. Frau Dr. Stark erklärt, dass in jedem Stadtgebiet eine Grundschule vorhanden sein sollte. Aufgrund der ungünstigen und großen Schulbezirke wandern Schüler zu den Schulen in freier Trägerschaft ab.

Herr Lange schließt sich der Meinung an. Er gibt zu bedenken, dass die Schulbezirke der drei Grundschulen zurzeit gut geschnitten sind. Junge Familien ziehen in diese Wohngebiete. Die drei Schulen liegen günstig im jeweiligen Schulbezirk. Bereits vor Jahren wurde darüber nachgedacht, die GS Auen durch Schulbezirksveränderungen der damaligen GS Busch zu stärken.

Die Fusion sollte nicht beschlossen werden. Die Schulen sollten baulich instand gesetzt werden. Es werden für 17 Mio. € Grundstücke verkauft, um ein Stadion in Halle zu finanzieren, da werden sich auch zu verkaufende Grundstücke zur Finanzierung der Sanierung GS Auenschule finden.

Herr Dr. Schmidt weist ebenfalls darauf hin, dass die Diskussion zur Fusion der drei Grundschulen bereits über mehrere Jahre geführt wird. Dabei wird jedes Mal die Sanierung der GS Auen angeregt. Ein konkreter Deckungsvorschlag dazu fehlt. Es gibt einen Vermögenshaushalt mit 100 Mio. € jedes Jahr. Es sollte ein konkreter Deckungsvorschlag eingebracht werden, dann kann über die Sanierung diskutiert oder abgestimmt werden. Dabei sollte bedacht werden, dass Geld für Schulbau an anderen Stellen weggenommen wird. Das bedeutet, dass das Geld an einer anderen Schule fehlt. Weiterhin bittet er, die

Ersatzinvestitionen zu bedenken.

Frau Dr. Bergner erinnert, dass der Antrag, die GS Auen in das PPP-Programm aufzunehmen im Stadtrat gescheitert ist.

Herr Bauersfeld verweist auf die ausgehangenen Stadt- und Schulbezirkspläne, speziell auf die GS Auen, welche sehr zentral liegt. Er ist der Meinung, wenn ein Stadion gebaut werden kann, kann auch die Schule saniert werden.

Frau Dr. Bergner weist darauf hin, dass hier nur Nachfragen zu den einzelnen Punkten gestellt werden konnten, keine politische Diskussion.

Herr Lange erklärt, dass er sich nicht zwischen Stadionbau und Schulbau entscheiden möchte, sondern beides sollte realisiert werden. Bei der Entscheidung zum Stadionbau sind neue Wege der Finanzierung aufgezeigt wurden, welche auch bei Schulen genutzt werden könnten.

Pkt. 6.2 – GS Eisler/GS Trotha

Herr Bauersfeld bittet um Erläuterung der Aussage „... Interessenten für Nachnutzung...“ im Schulentwicklungsplan.

Herr Hildebrand gibt die Auskunft, dass die Saaleschule für (H)alle einen Antrag auf Nutzung des Gebäudes H.-Dittmar-Str. 9 gestellt hat.

Pkt. 6.3 – GS Luxemburg - keine Wortmeldungen

Pkt. 6.4 – GS Francke

Frau Nagel fragt an, welche Bedeutung der Begriff „große Grundschule in der Innenstadt (GS Johannes)“ hat.

Herr Hildebrand führt aus, dass die GS Francke räumlich begrenzt ist. Diese Schule darf aufgrund der räumlichen Bedingungen Klassenstärken unter dem vorgegebenen Richtwert führen. Die Eltern sowie die Schulleitung zeigten im Schulverwaltungsamt die „Überlastung“ der GS Francke an. Ihn verwundert daher die Stellungnahme des Elternvertreters der GS Francke.

Herr Hildebrand erklärt, dass **keine** Fusion der drei Grundschulen (Francke, Ludwigsfeld, Johannes) vorgesehen ist!

Er gibt den Hinweis, dass die Geburtenentwicklung in diesem Gebiet sehr hoch ist und alle drei Grundschulen hohe Schülerzahlen erreichen werden.

Pkt. 6.5 – GS Ludwigsfeld - keine Wortmeldungen

Pkt. 6.6 – GS Johannes - keine Wortmeldungen

Pkt. 6.7 – GS Hutten - keine Wortmeldungen

Pkt. 6.8 – SK Schiller

Herr Hildebrand weist auf das Austauschblatt S. 68 hin. Hier wurde die Fusion der beiden Sekundarschulen in eine auslaufende Beschulung der SK Schiller korrigiert. Er weist auf die Ausführungen der letzten Jahre zur Klassenbildung hin.

Pkt. 6.9 – Schuleinzugsbereich Gymnasien, Gesamtschulen

Herr Dr. Marquardt erklärt, dass der Grund für die Festlegung der Schuleinzugsbereich nicht die Erhaltung der Bestandsfähigkeit der Schulen war. Die unschönen Losentscheidungen/-verfahren haben zur Festlegung geführt. Das Gericht hat eindeutig auf die Festlegung von Schuleinzugsbereichen, als Lösung hingewiesen. Er ist der Meinung, dass die Spezialisierung der Schulen durch die Festlegung der Schuleinzugsbereiche nicht gefährdet ist.

Herr Hildebrand erklärt, dass es zwar „nur“ 16 Klagen gegen das Losverfahren gab, aber 120 Schüler mussten abgewiesen werden. Er weist nochmals darauf hin, dass Spanisch und Kunst am Giebichenstein-Gymnasium kein besonderer inhaltlicher Schwerpunkt, genehmigt durch das Kultusministerium ist. Dies sollte bei der Wertung bedacht werden.

Frau Dr. Stark empfindet die Festlegung der Schuleinzugsbereich als Rückschritt. Andere Länder und Städte haben die Schulbezirke für Grundschulen auf, die Stadt Halle legt Schuleinzugsbereiche für Gymnasien und Gesamtschulen fest. Ander Lösungen müssen gefunden werden.

Herr Hildebrand weist nochmals darauf hin, dass Kapazitätsgrenzen durch den Stadtrat festgelegt wurden und diese haben keine gerichtliche Anerkennung gefunden.

Frau Dr. Stark führt aus, dass die Festlegung von Kapazitätsgrenzen gesetzlich geregelt ist. Ein angemessenes Auswahlverfahren ggf. nach Leistungen sollte angestrebt werden.

Herr Lange möchte die Wahlfreiheit der Schüler und Eltern erhalten und ernst nehmen. Eine stärkere Eigenständigkeit und Profilgebung der Schulen ist Wunsch der Politik. Die Anerkennung des Schwerpunktes bzw. Profils beim Kultusministerium ist uninteressant. Für Eltern und Schüler ist wichtig, was die Schule interessant macht. Er gibt zu bedenken, dass eine Änderung des Schulgesetzes vorliegt, welche die Höchstschülerzahl neu regelt. Damit könnten auch die Gericht anders entscheiden. Es sollte nach einem gerechten Auswahlverfahren bei Kapazitätsüberschreitung gesucht werden.

Frau Dr. Bergner erkennt das Dilemma der Verwaltung. Sie sieht auch, dass es Schulen mit Platzüberhang und Schulen mit Platzmangel gibt. Trotzdem ist die Festlegung von Schuleinzugsbereichen eine schlechte Variante. Sie hat erfahren, dass die Klagemöglichkeiten gegen die Festlegung von Schuleinzugsbereichen erfolgreich sein sollen. Sie gibt zu bedenken, dass die Schülerbeförderung (Satzungsänderung) überarbeitet werden sollte.

Herr Wolter ist gegen die Festlegung von Schuleinzugsbereichen. Der Schulleiter des Giebichenstein-Gymnasiums hat die Aussage getroffen, dass auch bei Festlegung von Schuleinzugsbereichen mindestens 177 Schüler die Schule besuchen würden. Dies liegt ebenfalls über der Kapazitätsgrenze. Er spricht sich gegen Schuleinzugsbereiche, für Kapazitätsgrenzen aus.

KGS Humboldt (Elternteil)

Sie gibt zu bedenken, dass Saalekreis-Schüler jetzt bereits 10 Stunden unterwegs sind. Freizeitaktivitäten müssen aufgegeben werden. Jetzt sollen diese Schüler die Schule wieder verlassen?

Giebichenstein-Gymnasium (Elternvertreter)

Es gibt zu bedenken, dass die Klageflut bei Festlegung von Schuleinzugsbereichen höher wird, als jetzt.

Herr Hildebrand empfindet die Lösung Festlegung von Schuleinzugsbereichen nicht als beste Lösung, sonst wäre diese Festlegung bereits vor 19 Jahren getroffen wurden. Er weist darauf hin, dass Politiker die Möglichkeit zum Erlassen einer Verordnung haben. Dies wird er am 5.11.08 im Kultusministerium nochmals betonen.

Herr Bauersfeld erklärt, dass auch bei Festlegung von Schuleinzugsbereichen die Eltern Möglichkeiten und Wege finden werden, um diese zu umgehen. Z. B. Verlegung des Hauptwohnsitzes in den gewünschten Schulbezirk. Er spricht sich gegen Schuleinzugsbereiche aus.

Herr Dr. Schmidt empfindet die Festlegung von Schuleinzugsbereichen als schlechte Idee. Er gibt aber zu bedenken, dass bereits zwei Gymnasien im Bestand gefährdet sind, Gymnasium Südstadt und Wolff-Gymnasium. Dafür sind andere Gymnasien zu groß und geraten in räumliche Enge. Das Gericht hat über das Schulgesetz hinaus entschieden. Herr Dr. Schmidt schlägt vor, dass Landesverwaltungsamt zur Interpretation dieses Themas einzuladen.

Herr Hildebrand unterbreitet den Vorschlag einen Vertreter des Kultusministeriums einzuladen. Bei Herr Eckhardt, zuständig für Schulentwicklungsplanung wurde angefragt. Antwort wird erwartet.

Pkt. 6.10 – BbS V – keine Wortmeldungen

Pkt. 6.11 – BVJ

Frau Nagel fragt an, ob die Turnhalle der BbS II zur Werkstatt umgebaut wird.

Herr Zschocke erklärt, dass die Turnhalle der BbS II bereits als Werkstatt genutzt wird.

Pkt. 6.12 – keine Wortmeldungen

Pkt. 7 – keine Wortmeldungen

Pkt. 8 – keine Wortmeldungen

Abstimmungsergebnis:

vertagt

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Keine Wortmeldungen

zu 6 schriftliche Anfragen von Stadträten

Keine Wortmeldungen

zu 7 **Mitteilungen**

zu 7.1 **Was bringen Spezialisierungen im Wissens- und Bildungssektor für die städtische Wirtschaftsentwicklung (vorläufiger Abschlussbericht) Angefragt: Institut für Wirtschaftsförderung Halle**

Herr Dr. Schmidt schlägt vor, die Diskussion dazu und Erläuterung des Berichtes durch das Institut auf einen Zeitpunkt nach der Beschlussfassung des Mittelfristigen Schulentwicklungsplanes zu verschieben.

zu 7.2 **EFRE-Mittel für kommunale Schulen**

Herr Hildebrand führt aus, dass am 22.9.08 die Anträge elektronisch versandt wurden. Die Lesebestätigung dazu ist am 24.9.08 eingegangen. Am 23.9.08 wurden die Anträge per Kurier nach Magdeburg versandt. Die Eingangsbestätigung liegt vor. Erfahrungsgemäß wird die schriftliche Bestätigung ca. 5 Monate dauern.

Festgelegt wurde:

1. SK Reil
2. IGS Halle
3. GS Diesterweg
4. GS Kröllwitz
5. GS Heiderand

Die Grundschule Frohe Zukunft wird in der 2. Branche beantragt. Die Grundschule Riesenklein wird nicht dauerhaft am Standort in der Frohe Zukunft verbleiben. Das Ministerium verlangt aber ein ganzheitliches Konzept. Ansprechpartner im Amt 40 ist Frau Heinze.

Weitere Mitteilungen (Herr Hildebrand)

Rauchen auf Schulgrundstücken

Beim Landesverwaltungsamt wurde angefragt, ob auf Schulhöfen der BbS Raucherinseln eingerichtet werden könnten. Eine abschlägige Antwort ist eingegangen. Auf dem Schulgrundstück darf weiterhin nicht geraucht werden.

Parken auf Schulhöfen

In der Beigeordnetenkonferenz ist eine Entscheidung getroffen wurden.

1. Entgelt bleibt
2. 30 Euro pro Monat in der Schulzeit
3. weiterhin Vorrang für Behinderte und Pendellehrer
4. Einnahmen gehen an Schulen
 1. an Schulen mit Parkflächen
 2. anteilig an Schulen ohne ParkflächenEinnahmen sollen anteilig für bauliche Instandsetzungen und Ausstattung verwendet werden.
5. 3 Jahre ansparen möglich
6. Schulbetrieb beim Einfahren beachten

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Herr Bauersfeld bittet für die Haushaltsdiskussion die objekt- und schulkonkrete Auflistung zu beachten.

Herr Hildebrand informiert, dass bereits daran gearbeitet wird. Es kann aber zu Verzögerungen kommen. Die Unterlagen können voraussichtlich nicht fristgerecht zur TO im Dezember 2008 an die Mitglieder des Bildungsausschusses ausgegeben werden. Er bittet um Verständnis.

Herr Lange bittet darum, Änderungen aufzubereiten (z. B. durch Markierung, oder Fett-Druck...).

Hinweis der Verwaltung: Die Darstellung der Änderungen (fett oder kursiv) sind nicht möglich, da die Vorlage schreibgeschützt ist und nur der Verfasser Änderungsrechte besitzt.

Herr Dr. Schmidt fragt an, ob es Vorschriften zur Beflaggung von Schulen gibt. Bei der Sanierung der KGS Humboldt wurden die Fahnenmasten nicht wieder aufgestellt.

Herr Hildebrand ist der Meinung, dass es keine Vorschriften dafür gibt. Prüfung erfolgt im Schulverwaltungsamt.

zu 9 Anregungen

Für die Richtigkeit:

Datum: 10.11.2008

in Abwesenheit gez. Farkasch

Jürgen Zschocke
Protokollführer

Dr. Annegret Bergner
Ausschussvorsitzende